

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D. XXIV 195

Bonn, den 13. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>NPD muß ganz verschwinden!</u> Rechtsradikalismus im Spiegel der Ergebnisse von Bundestags- und Landtagswahlen	57
2 - 3	<u>Dr. Kohl schießt ins Kraut.</u> Von Oskar Munzinger, Oberbürgermeister a.D., Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz	77
4 - 5	<u>"Sozialpolitik - die beste Kriminalpolitik"</u> Neue Wege in der Straffälligenhilfe Von Günter Gerke, Bielefeld	99
6	<u>Französisch-sowjetische Perspektiven</u> Maurice Schumann auf alten Pfaden Von Georg Scheuer, Paris	40

NPD muß ganz verschwinden!

Rechtsradikalismus im Spiegel der Ergebnisse
von Bundestags- und Landtagswahlen

sp - Im Ausland fast mehr als in der Bundesrepublik selbst wird auch jetzt noch, 14 Tage nach der Bundestagswahl, über die Zukunft der NPD diskutiert und gerätselt. Hierbei geht man im allgemeinen von der formal keineswegs falschen Vorstellung aus, die NPD habe seit der Bundestagswahl 1965 ihren Stimmenanteil von zwei Prozent auf 4,3 Prozent erhöhen können. Allgemein beglückwünscht man sich zwar dazu, daß die NPD nicht in den Bundestag gekommen ist, bemerkt aber gleichzeitig, eine Partei, die innerhalb so kurzer Zeit ihren Stimmenanteil verdoppeln konnte, sei nach wie vor eine Gefahr für die deutsche Demokratie.

Natürlich ist und bleibt der wirre Rechtsradikalismus eine Gefahr für die deutsche Demokratie. Sie endgültig zu bannen, ist eine der wichtigsten Aufgaben aller demokratischen Kräfte und einer Politik, die ihm den Nährboden entzieht. Nur sollte man hierbei nicht wie hypnotisiert auf den Vergleich zwischen der Bundestagswahl 1965 und 1969 starren.

Bei der Bundestagswahl 1965 hatte die NPD ihre ersten organisatorischen Kinderkrankheiten noch nicht überwunden. Die Führung war zerstritten und in den meisten Bundesländern hatte sie große Schwierigkeiten, überhaupt fristgemäß die Kandidaturen anzumelden. So war die NPD zum Beispiel bei der Landtagswahl 1965 im Saarland nicht vertreten, und auch bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen konnte sie 1966 - also ein Jahr nach der Bundestagswahl 1965 - noch keine Kandidaten aufstellen.

Ihre Höhepunkte erlebte die NPD bei den Landtagswahlen, die in mehreren Bundesländern von Ende 1966 bis 1968 stattfanden. So er-

reichte die NPD im April 1967 bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 5,8 Prozent, in Niedersachsen (4.6.1967) 7,0 Prozent, in Bremen (1.10.1967) 8,8 Prozent, in Hessen (6.11.1966) 7,9 Prozent, in Rheinland-Pfalz (23.4.1967) 6,9 Prozent, in Bayern (20.11.1966) 7,4 Prozent und in Baden-Württemberg (28.4.1968) 9,8 Prozent.

Vergleicht man das Stimmenergebnis für die NPD bei der Bundestagswahl 1969 mit den Landtagswahlen in den oben genannten Ländern, dann ergibt sich folgendes Bild:

	<u>Bundestagswahl 1969</u>	<u>Verluste</u>
Schleswig-Holstein	4,3 Prozent	1,5 Prozent
Niedersachsen	4,6 Prozent	2,4 Prozent
Bremen	4,4 Prozent	4,4 Prozent
Hessen	5,1 Prozent	2,8 Prozent
Rheinland-Pfalz	5,2 Prozent	1,7 Prozent
Bayern	5,3 Prozent	2,1 Prozent
Baden-Württemberg	4,5 Prozent	5,3 Prozent

Es zeigt sich also, daß die NPD seit ihren Anfangserfolgen in den Bundesländern Verluste zwischen 1,5 und 5,3 Prozent erlitt. In Baden-Württemberg, wo die NPD im Frühjahr 1968 mit 9,8 Prozent des Stimmenanteils einen gewissen Höhepunkt erreichen konnte, wurde sie bei der Bundestagswahl 1969 sogar fast halbiert. Legt man diese Zahlen bei Diskussionen über die Zukunft der NPD zugrunde, erhält man ein ganz anderes Bild als bei einem formalen Vergleich zwischen den Bundestagswahlen 1965 und 1969.

Dessen ungeachtet - wir wiederholen es - müssen sich alle demokratischen Parteien in Zukunft noch stärker als bisher auf die Frage konzentrieren, wie die NPD endgültig aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland ausgeschaltet werden kann. Die politische Ausschaltung dieser rechtsradikalen Partei ist aus Gründen der inneren und äußeren politischen Hygiene unseres Staates notwendig.

+ + +

Dr. Kohl schießt ins Kraut

Von Oskar Munzinger, Oberbürgermeister a.D.,

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

In den turbulenten Tagen, die der Bundestagswahl folgten, sorgte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Kohl für zahlreiche Schlagzeilen und besonderes Interesse an seiner Person. Ihm wird eine führende Rolle zugeschrieben bei dem Versuch, Bundestagsabgeordnete der FDP ins Lager der CDU hinüberzuziehen. Vor allem aber trat er immer wieder mit der Behauptung hervor, seine CDU habe "vom Wähler unmißverständlich den Auftrag erhalten, die neue Bundesregierung zu bilden".

Nun, der kritische Beobachter der Szene muß sich fragen, ob Dr. Kohl in der Wahlnacht das Rechnen verlernt und zugleich die eigenen Parteiparolen vergessen hat. Hatte nicht die CDU vor der Wahl ausdrücklich erklärt: Wer FDP wählt, der wählt Willy Brandt als Kanzler? Und ergaben nicht die Stimmen von SPD und FDP zusammen eine eindeutige Mehrheit - für einen Bundeskanzler Willy Brandt? Wer ist es also, der hier versucht, den Wählerauftrag zu verfälschen?

Doch wohl derjenige, der aus der Addition zweier Verlierer einen Anspruch auf politische Führung herleitet. Derjenige, der übersieht, daß zwanzig Jahre unumschränkter Herrschaft auf Bundesebene die Gefahr mit sich bringt, daß die herrschende Partei eine Korruption ihrer demokratischen Gesinnung erfährt. Wie anders könnte man die sonderbar anklagenden Interpretationen des Wählerwillens durch Dr. Kohl verstehen? Klingen sie nicht so, als ob ein himmlisches Strafgericht auf uns herabkommen werde, wenn sich in Bonn ein Machtwechsel vollzieht?

Es ist verständlich, daß die CDU und mit ihr Dr. Kohl vom Wahlergebnis enttäuscht sind. Unverständlich aber ist, daß sie nicht in der Lage sind, sich an ihre eigenen demokratischen Deklamationen zu erinnern und Haltung zu bewahren. Eine Demokratie hat keine Staatspartei und darf sie nicht haben. Wenn es soweit kommt, daß eine Partei wie die CDU sich eine Trennung von der Regierungsgewalt überhaupt nicht mehr vorstellen kann, dann war es allerdings höchste Zeit, daß sie von dieser Gewalt getrennt wurde.

Noch aus einem anderen Grund ist der rheinland-pfälzische Ministerpräsident ins Zwielficht geraten. Er hat "ab sofort" harte und rücksichtslose Opposition gegen das Regierungsprogramm der SPD/FDP-Regierung angekündigt. Er tat das drei Wochen bevor

diese Regierung überhaupt gebildet und ihr Programm verkündet werden konnte. So stellt sich die Frage, ob die von Dr. Kohl angekündigte "Opposition" etwas anderes sein kann als eine grundsätzliche Obstruktion, ein Behindern um jeden Preis.

Dr. Kohl ist Ministerpräsident eines Bundeslandes. Als solcher hat er geschworen, sein Amt unparteiisch und zum Wohl der gesamten Bevölkerung auszuüben. Dieser Schwur ist nicht vereinbar mit dem Vorsatz, in der Bundespolitik als Vorkämpfer einseitiger Parteitaktik aufzutreten. Wenn Dr. Kohl diesen Vorsatz in die Tat umsetzt, dann wird er nicht mehr der Ministerpräsident von ganz Rheinland-Pfalz sein, sondern allenfalls der Ministerpräsident der rheinland-pfälzischen CDU-Mitglieder.

Ganz ohne Konsequenz ist Dr. Kohls Handlungsweise allerdings nicht. Offensichtlich hat der hochgelobte "politische Wunderknabe" sich von einer Fortsetzung der CDU-Herrschaft in Bonn auch eine weitere Fortsetzung seiner eigenen Karriere versprochen. Da ihm die Ausdehnung seines persönlichen Einflusses in Rheinland-Pfalz relativ leicht gelang, glaubte er, diese Expansion nach der Wahl im Rundumverfahren fortsetzen zu können. Diese provinzielle Selbstüberschätzung hielt der harten Wirklichkeit des politischen Bonn nicht stand. Zudem mußte die allzu heftig ins Kraut schießende Neigung Dr. Kohls, sich der CDU als Retter und Reformator aufzuopfern, in seiner Partei selbst beträchtlichen Widerstand erzeugen.

Dr. Kohl wird von seinen Freunden große politische Geschicklichkeit nachgerühmt. Nun, die Lage, in die er sich hineinmanövriert hat, läßt nicht auf diese Eigenschaft schließen. Sie verrät eher den als Politiker sehr jungen Mann, der geglaubt hat, in einem Ansturm die Welt erobern zu können, und der dabei die Realitäten des Lebens aus den Augen verloren hat. Das Amt des Ministerpräsidenten bietet Chancen genug, sich als Politiker zu bewähren. Einen jungen Mann von Dr. Kohls Art mag diese Bewährung nicht reizen, denn sie besteht nicht aus glänzenden und schnellen Erfolgen, sondern aus der glanzlosen Fron zahlloser Tagewerke.

Dennoch, hier in seinem Land und auf seinem Posten wird Dr. Kohl sich zu bewähren haben. Hier wird er zeigen müssen, ob mehr in ihm steckt als ein reiner Parteitaktiker. Zwei Wege stehen ihm offen. Der des geringsten Widerstandes, den er bisher gegangen ist - und der gönnerhafte Weg der Mühe und Arbeit, an dessen Ende die Entwicklung zum verantwortungsbewußten Politiker steht. Man wird sehen, für welchen er sich entscheidet.

+ + +

"Sozialpolitik - die beste Kriminalpolitik"

Neue Wege in der Straffälligenhilfe

Von Günter Gerke, Bielefeld

Franz von Liszt, der große Berliner Rechtslehrer und Streiter gegen den Vergeltungsgedanken im Strafrecht, hat einmal gesagt, daß die Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik sei. Was zu seiner Zeit, zu Beginn dieses Jahrhunderts, noch prophetisch klang, ist in unseren Tagen, da sich die vom Bundestag eingesetzte Strafvollzugskommission um eine Reform des Strafvollzugs bemüht, der Erfüllung näher denn je.

Wer aufmerksam die 8. Bundestagung für Straffälligenhilfe beobachtete, die nach viertägiger Dauer am Wochenende in Bielefeld zu Ende ging, konnte aus den Referaten und Diskussionen in den Arbeitsgruppen, die allesamt unter dem Generalthema "Wissenschaft im Dienst am straffälligen Menschen" standen, durchaus die Gewißheit gewinnen, daß sich wie der Freiburger Prof. Dr. Th. Würtenberger es formulierte - "unser Rechtsdenken im Bereich der Straffideologien mehr und mehr von einem vornehmlich ethisch bestimmten Sühne- und Vergeltungsgedanken löst" und daß sich die "Aufmerksamkeit nunmehr einer rational begründeten Strafrechtspflege im Geist des Sozialen zuwendet".

Sicher wird der alte Streit, ob letzter Sinn der Strafe die Vergeltung und Sühne oder die Abschreckung und Besserung sei, noch lange anhalten, aber der Gedanke, daß es Ziel des künftigen Strafvollzuges sein müsse, mit allen Mitteln die Eingliederung des Verurteilten in die Rechtsgemeinschaft zu fördern, gewinnt mehr und mehr an Boden.

Der Bundeszweckverband für Straffälligenhilfe, dessen Landesverbände, Mitgliedsorganisationen und Vereinigungen auf örtlicher Ebene im Bundesgebiet nicht weniger als 2.710 freie, gemeinnützige Betreuungseinrichtungen unterhalten, hat in der Vergangenheit schon wiederholt Anstoß und Anregung zu modernen Tendenzen im Strafvollzug gegeben, und er blieb dieser guten Tradition auch diesmal treu, indem er mit Nachdruck aufzeigte, daß sich unser Rechtsdenken im Zuge einer fortschreitenden Säkularisierung und Rationalisierung mehr als einst an Soziologie, Psychologie und Kriminologie orientieren müsse.

Fachwissenschaftler sind mit dem Freiburger Theologen und Referenten am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Dr. Hans Kühler, einig darin, daß der Strafvollzug in der Bundesrepublik heute noch etwa fünfzig Jahre hinter dem zurück ist, was in anderen Ländern auf diesem Gebiet erreicht wurde. Sehr wahrscheinlich ist sogar die öffentliche Meinung gegenüber derartigen Reformbestrebungen und Humanisierungstendenzen noch weit rückständiger.

Doch wenn man Bilanz zieht, so ist in Bielefeld, jener Stadt, in der einst der Geheimrat Alfred Rozi und Friedrich von Bodelschwingh mit ihrem "Bielefelder System" der Straffälligenhilfe neue Wege be-

schritten, ein Durchbruch gelungen.

So wurde denn auch nicht zu unrecht an die Pflicht des sozialen Rechtsstaates erinnert, dem Strafgefangenen als einem oft hilfsbedürftigen Menschen soziale Hilfe zu gewähren und seine sozialen Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, auf gerechte Arbeitsentlohnung und auf ausreichende Sozialversicherung im künftigen Strafvollzugsgesetz und in anderen Gesetzen zu verankern.

Georg Christoph Lichtenberg, der Göttinger Professor der Naturwissenschaften, hat einmal in seinen "Politischen Bemerkungen" die Frage aufgeworfen, "ob wir nicht, wenn wir den Mörder rädern, gerade in den Fehler eines Kindes verfallen, das den Stuhl schlägt, an dem es sich stößt". Und er schrieb auch, "daß wirklich nichts abscheulicher sei, als wenn Strafgerichte anlaufen, nachdem man schon lange angefangen hat, sich zu bessern".

Daran hat sich auch heute noch nicht viel geändert: "Wer einmal aus dem Blechnapf frißt", macht nicht selten die bittere Erfahrung, daß nach seiner Freilassung die eigentliche Strafe erst beginnt und daß dieselbe Gesellschaft, in deren Namen er verurteilt wurde, ihm die Rückkehr in die Rechtsgemeinschaft verweigert. Im Zeichen der Vollbeschäftigung mag es ihm noch gelingen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, aber bald schon beginnt das Getuschel hinter der Hand, schleichen Mißtrauen und Verdächtigungen ihm auf allen Wegen nach. Nicht jeder ist ein Schuster Wilhelm Vogt, der als "Hauptmann von Köpenick" die Welt und ihre Formalitäten doch überlistete; viele, die einmal aus der Bahn geworfen sind, zerbrechen daran, weil niemand ihre innere Not erkennt.

Dabei ist es die Gesellschaft selbst, die oftmals Kriminalität produziert. Einer der Reformatoren der Bundestagung, der Privatdozent Müller-Dietz, Freiburg, traf fraglos den Nagel auf den Kopf, als er feststellte, daß oftmals durch Einstellung und Verhalten der Umwelt und anderer gesellschaftlicher Gruppen "die persönlichen Fehlentwicklungen mitbestimmt werden" und daß es von daher durchaus gerechtfertigt sei, den Sozialisierungsauftrag nicht allein auf die "sozial Schwächeren" (die "troublemakers") zu beschränken.

Ehe dieses Umdenken, das sich wie ein roter Faden durch die gesamte Bundestagung der Straffälligenhilfe zog, Früchte tragen kann, bedarf es allerdings einer großen Anzahl materieller und personeller Voraussetzungen. Die mangelnde Aufgeschlossenheit gegenüber sinnvoller Behandlung des Straftäters spiegelt sich noch heute im System der geschlossenen Anstalt, die sich vorwiegend an den traditionellen Leitbildern von Sicherheit und Ordnung orientiert und dadurch ein wesentliches Hemmnis für die Entwicklung eines "therapeutischen Klimas" ist, die Voraussetzung für eine wirksame Sozialisierungsarbeit. - Man wird - wie es die Strafvollzugskommission vorsieht - offene und halboffene Anstalten schaffen und das Freigängertum im gelockerten Vollzug genauso wie die Berufsbildung einführen müssen, man wird durch Erweiterung der Kontaktmöglichkeiten dem Gefangenen eine Anpassung an das Leben in Freiheit erleichtern und schließlich auch durch eine Individualisierung der Strafen und Maßregeln mehr auf Persönlichkeitsbild des Täters Rücksicht nehmen müssen, wenn die Resozialisierung Erfolg haben soll. - Das alles hat sicher nichts mit einer "Knochenmarkserweichung" des Strafvollzuges zu tun; es ist der einzig gangbare Weg, den schädlichen Wirkungen des klassischen Strafvollzuges nach Kräften entgegenzuwirken und den Gefangenen in den Stand zu versetzen, nach seiner Entlassung das Leben wie jeder andere zu meistern. Die Richtung gewiesen zu haben, ist ein Verdienst der 8. Bundestagung der Straffälligenhilfe. Aber es wird noch viel Pionierarbeit zu leisten sein.

Französisch-sowjetische Perspektiven

Maurice Schumann auf alten Pfaden

Von Georg Scheuer, Paris

Der erste Kontakt des neuen französischen Außenministers Maurice Schumann mit der sowjetischen Staatsführung war, wie es in Paris heißt, "inhaltsreich und ergiebig". Alle wichtigen Themen der gegenwärtigen Weltpolitik kamen zur Sprache, insbesondere Europa, Naher Osten, Vietnam, China und selbstverständlich die französisch-sowjetischen Beziehungen. Dabei konnte festgestellt werden, daß der neue Chef des Quai d'Orsay die von General de Gaulle inspirierte Diplomatie grundsätzlich und weitgehend fortsetzt. Während die französische Wirtschafts- und Finanzpolitik, Innen- und Sozialpolitik ins "Nachgaullismus" neue Wege beschreiten, haben sich die strategischen Grundlinien der Pariser Außenpolitik kaum geändert.

Der sowjetische Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz wird von Frankreich nur insofern befürwortet, als er nicht auf eine Bestätigung der bestehenden Blöcke hinauslaufen würde. Paris verstreicht den Grundsatz der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität für jeden Staat. Auf dieser Ebene wird eine gesamteuropäische Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit angestrebt.

Eigentlich im Widerspruch zu dieser Haltung drängt Paris auf eine "Konzertation und Intervention" der vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates - USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich - im östlichen Mittelmeer. Paris glaubt nicht an die Wirksamkeit direkter Verhandlungen zwischen Israel und den Araber-Staaten. Die Kriegsführenden würden sich, so meint man, den Beschlüssen der "Vier Großen" fügen müssen.

Als Verhandlungsort der Vietnam-Konferenz übt Paris diplomatische Zurückhaltung und beschränkt sich auf diskrete Schritte hinter den Kulissen. Zu einer offiziellen Vietnam-Initiative wäre Pompidou jetzt nur bei maximalen Erfolgchancen bereit. Nach französischer Auffassung sollte Peking an einer vietnamesischen Lösung ebenso aktiv teilnehmen wie seinerzeit an der Genfer Friedenskonferenz 1954 und an der Laos-Konferenz 1962. - Frankreich unterhält mit Peking normale diplomatische Beziehungen und wünscht Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen.

Pompidous Staatsbesuch in Moskau ist beschlossene Sache, wird aber erst nach der Visite des französischen Präsidenten in Washington erfolgen. Die Kreni-Führer werden voraussichtlich 1971 nach Paris kommen.

Hintergrund der guten Beziehungen Paris-Moskau ist der faktische "Zugfrieden" zwischen der Regierung Chaban Delams einerseits und der Kommunistischen Partei Frankreichs und der von ihr kontrollierten CGT-Gewerkschaft andererseits. Dies ist bei den gegenwärtigen sozialen Spannungen in Frankreich von wesentlicher Bedeutung.

+ + +